



Eidgenössisches Departement für Umwelt,
Verkehr, Energie und Kommunikation UVEK
Bundesrat Albert Rösti

Bundesamt für Zivilluftfahrt BAZL
Per Mail an: esther.jutzeler@bazl.admin.ch

Winterthur, 14. November 2024

Vernehmlassung der Behördenorganisation Verein Region Ost zur Änderung des Luftfahrtgesetzes

Sehr geehrter Herr Bundesrat Rösti, sehr geehrte Frau Jutzeler, sehr geehrte Damen und Herren

Am 28. August wurde das Vernehmlassungsverfahren zur Änderung des Luftfahrtgesetzes (LFG) eröffnet (Bundesratsbeschluss vom 28. August 2024). Im Namen der Behördenorganisation Verein Region Ost nehmen die Unterzeichnenden nachfolgend fristgerecht Stellung zur Revisionsvorlage.

Vorbemerkung zur Teilnahme der Behördenorganisation Region Ost bei der Vernehmlassung

Gemäss Schreiben von Bundesrat Albert Rösti vom 28. August 2024 wurde das UVEK vom Bundesrat beauftragt, bei den Kantonen, den politischen Parteien, den gesamtschweizerischen Dachverbänden der Gemeinden, Städte und Berggebiete, den gesamtschweizerischen Dachverbänden der Wirtschaft und den interessierten Kreisen zur Änderung des Luftfahrtgesetzes ein Vernehmlassungsverfahren durchzuführen. Auch wenn die Behördenorganisation Region Ost nicht zu den ausdrücklichen Adressaten des Schreibens gehört, so sieht sie sich doch dazu berechtigt und verpflichtet, sich zur Vorlage zu äussern.

Die Behördenorganisation Region Ost vertritt über 120 Gemeinden im Einflussbereich des Flughafens Zürich. Wir vertreten die Interessen der Bevölkerung, wobei es unser Ziel ist, diese vor unzumutbarem Fluglärm und anderen, durch den Flugbetrieb verursachten Immissionen (insbesondere Lärm) zu schützen.

Wir bitten Sie deshalb, unsere nachstehenden Anregungen und die kritischen Bemerkungen – welche wir mit der Behördenorganisation Schutzverband der Bevölkerung um den Flughafen Zürich (sbfz) und KLUG abgestimmt haben – zur Kenntnis zu nehmen und im Rahmen der anstehenden Änderung des Luftfahrtgesetzes zu berücksichtigen.



1. Übersicht

Der Bundesrat will dem Bundesparlament eine erneute Teilrevision des LFG schmackhaft machen. Er behauptet, die Notwendigkeit der vorliegenden Revision ergebe sich gestützt auf politische Vorstösse (vgl. Medienmitteilung vom 28. August 2024). Soweit ersichtlich betreffen diese Vorstösse jedoch lediglich Themen der Sicherheitskultur im weitesten Sinn. Gegen Verbesserungen bei der Flugsicherheit und den damit zusammenhängenden Fragen ist grundsätzlich nichts einzuwenden. Die geplante Teilrevision enthält jedoch auch Bestimmungen, die der weiteren Verstärkung des Einflusses des Bundes und der Entmachtung der Kantone, Gemeinden und der Betroffenen dienen. Vor allem aber soll die Anwendbarkeit der umweltrechtlichen Schutzbestimmungen nochmals stark reduziert werden.

Dieser Abbau des Rechtsschutzes und der massive Ausbau der Rechte der Bundesbehörden zulasten der Mitspracherechte der Betroffenen sowie die faktische Ausserkraftsetzung umweltrechtlicher Bestimmungen zulasten der Bevölkerung um die Landesflughäfen wird seitens der Region Ost scharf kritisiert und ist zurückzuweisen.

2. Nein zur faktischen Abschaffung der umweltrechtlichen Schutznormen bei Landesflughäfen

Bereits in der letzten Teilrevision des LFG vom 16. Juni 2017 wurde die rechtliche Unantastbarkeit der Landesflughäfen teilweise dadurch zementiert, dass mit dem Mittel des **baulichen Bestandesschutzes** andere Bundesaufgaben wie der Schutz der Umwelt und damit auch der Schutz der Bevölkerung um die Flughäfen übersteuert werden können. Nun soll eine weitere massive Stärkung dieses Bestandsschutzes erfolgen. Der Bundesrat will einen sogenannten **betrieblichen Bestandesschutz** einführen. Nach seinen Worten «soll damit sichergestellt werden, dass die Eckwerte des Flughafenbetriebs, so zum Beispiel die Betriebszeiten, auch in umweltrechtlichen Sanierungsverfahren grundsätzlich nicht eingeschränkt werden können.» Das Parlament soll mit der Verabschiedung der Vorlage festlegen, dass auf Gesetzesstufe eine Interessenabwägung verankert wird, die es dem Bundesrat respektive dem UVEK und dem BAZL erlaubt, über den SIL (Sachplan Infrastruktur Luftfahrt) und das Betriebsreglement sämtliche Wünsche der Flugplatzbetreiber sowie Flugverkehrsunternehmen zu erfüllen, ohne weiter auf die betroffene Bevölkerung Rücksicht nehmen zu müssen. Diese geplante Änderung zugunsten der Luftfahrtindustrie läuft faktisch darauf hinaus, dass die umweltrechtlichen Bestimmungen zum Schutz der Bevölkerung insbesondere vor lästigen und schädlichen Lärmimmissionen für die beiden Landesflughäfen ausser Kraft gesetzt werden.

Die aktuelle Revisionsvorlage ist in ihrer Dimension einzigartig und verletzt nach Auffassung der Region Ost den verfassungsrechtlichen Auftrag des Bundes, wonach die Umwelt und damit die Menschen vor lästigen und schädlichen übermässigen Immissionen zu schützen sind. Das Vorhaben des Bundesrates stellt einen einigermaßen durchsichtigen Versuch dar, die Bemühungen zu hintertreiben, welche die Verbesserung der Situation gerade hinsichtlich der nächtlichen Lärmbelastungen zum Ziel haben. Diese Gesetzesrevision ist deshalb aus Sicht der Region Ost entschieden abzulehnen. Sie stellt einen durch nichts gerechtfertigten und geradezu unverantwortlichen Angriff auf die Gesundheit und das Wohlbefinden der Anwohner der Landesflughäfen dar.

3. Nein zu Änderungen bei Nebenanlagen nach kantonalem Recht

Mit der Revision sollen Entscheide der kantonalen Behörden zu Nebenanlagen explizit von der Zustimmung des BAZL abhängig gemacht werden. Begründet wird dies damit, dass die kantonalen Behörden regelmässig «nicht über vertiefte Fachkenntnisse» oder das «Wissen über tatsächliche lokale Verhältnisse und Anforderungen» verfügten. Diese Behauptung und die damit einhergehende Entmachtung der



kantonalen Behörden und die Reduktion der Mitspracherechte lehnt die Region Ost entschieden ab. Es geht auch hier offensichtlich darum, die Kompetenzen der Bundesbehörden zulasten der kantonalen Behörden und letztlich der Betroffenen zu stärken, ohne dass dafür eine tragfähige Begründung abgegeben wird.

4. Nein zu den Änderungen bei Projektierungszonen und Sicherheitszonen

Gemäss der bundesrechtlichen Vorlage soll der Anwendungsbereich der Projektierungszonen inhaltlich (Flugplatzperimeter, Gebiete mit Lärmbelastung und mit Höhenbeschränkung) und zeitlich massiv ausgebaut werden. Gleichzeitig werden die Mitwirkungsrechte und der Rechtsschutz abgebaut. Ähnliches ist im Zusammenhang mit den Sicherheitszonenplänen vorgesehen. Auch dort sollen die Rechte der Betroffenen abgebaut und der Rechtsschutz geschwächt werden.

Die geplante Ausweitung des Geltungsbereichs der Projektierungszonen und der Sicherheitszonen sowie der Abbau der Mitwirkungsrechte und des Rechtsschutzes lehnt die Region Ost ab. Dem Bundesrat geht es letztlich auch hier offensichtlich darum, die Machtstellung des Bundes bzw. der Luftfahrtindustrie gegenüber den Betroffenen zu verstärken, obwohl dafür keinerlei Veranlassung besteht.

5. Nein zu einer Verschlechterung beim Öffentlichkeitsprinzip

Der Bundesrat sieht Einschränkungen des Öffentlichkeitsprinzips vor, welche im weitesten Sinne der Flugsicherheit dienen sollen bzw. Anpassungen an die Vorgaben der EU darstellen. Soweit die Einschränkungen des Öffentlichkeitsprinzips diesen berechtigten Interessen dienen, sind sie aus Sicht der betroffenen Bevölkerung nicht zu beanstanden. Sofern die Einschränkungen aber künftig dazu genutzt werden sollen, die von den negativen Auswirkungen betroffenen Anwohnenden in ihren Einsichtsrechten in flugbetriebliche Daten oder in ähnliche Informationen einzuschränken, sind sie abzulehnen. Einem entsprechenden Missbrauch ist mittels einer ausdrücklichen Vorbehaltsregelung Rechnung zu tragen, wonach die Einsichtsrechte in allen übrigen Bereichen im bisherigen Umfang gewährleistet bleiben.

Für Rückfragen stehen wir gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

Behördenorganisation Region Ost

Katrin Cometta

Präsidentin, Stadträtin Winterthur

Beni Hosang

Vizepräsident, Gemeindepräsident Lindau